INS BILD GESETZT



Glück von oben

Eine Familie wie ein Wimmelbild, ein paar Sonnenstrahlen und am Himmel die Flugschau der Red-Arrows-Luftwaffe – so wurde am Samstag der 93. Geburtstag von Königin Elizabeth II. nachgefeiert. Der tatsächliche Geburtstag war schon im März, aber die große Zeremonie findet traditionell im Juni statt.

Ein Zwischenruf zu... ...Babyboomern

URSULA WEIDENFELD über eine Generation, die wenige Kinder in die Welt gesetzt hat, aber früh in Rente geht

in Glück, dass es Greta gibt. Solange die junge Generation ihren Slogan "Wir sind hier, wir sind laut, weil Ihr uns die Zukunft klaut" ausschließlich wegen des Klimas ruft, können Eltern und Lehrer aus vollem Herzen beim Plakatemalen helfen. Weil sich der Protest aber ausschließlich gegen die Versäumnisse der älteren Generationen beim Kampf gegen die Erderwärmung richtet, bleibt ein weiteres Projekt des Zukunftsdiebstahls verborgen: Die Babyboomer hören einfach auf zu arbeiten. Nur jeder zehnte Erwerbstätige der



Generation 50 plus kann sich vorstellen, bis zum Erreichen des gesetzlichen Rentenalters zu arbeiten. Fast ein Drittel will spätestens mit 60 in den Ruhestand, 26 Prozent am liebsten mit 63. Die Babyboomer chillen ihr Leben. Und beklauen ihre Kinder damit gleich doppelt.

Denn sie nehmen in einem Lebensalter Geld aus der Rentenkasse, in dem sie eigentlich noch welches einzahlen müssten. Das tun sie ausgerechnet in ei-

ner Zeit, in der auch der reguläre Zugang in die Rente sprunghaft ansteigt und eine gesetzliche Haltelinie notdürftig dafür sorgen muss, dass die Beiträge nicht explodieren. Abgesehen davon, dass der vorgezogene Ruhestand laut einer Studie kaum jemanden zufriedener oder glücklicher macht als ein langes Erwerbsleben: Es ist schon ein ziemliches Schurkenstück, dass die Generation, die weniger Kinder in die Welt gesetzt hat als alle anderen zuvor, sich nun vor der Zeit aus dem Staub machen will. Natürlich gibt es viele Gründe, warum man die Arbeit satt hat. Vieles geht einem nicht mehr so leicht von der Hand. Die Knie und der Rücken schmerzen. Ein anmaßender jüngerer Chef. Die Firma bietet für über 50-Jährige keine Weiterbildung, geschweige denn Karrierefortschritte. In Gegenden mit hoher Arbeitslosigkeit gibt es oft keine Alternative zum Ausscheiden aus dem Erwerbsleben.

Aber wären die Babyboomer wirklich solidarisch mit den Jugendlichen und jungen Erwachsenen, würden sie weiterarbeiten, sogar über das gesetzliche Rentenalter hinaus. Vielleicht würden sie sogar erleben, dass Arbeit auch dann Freude machen kann, wenn man aus dem Karrierezug ausgestiegen ist.

Die unbeliebte Feuerwaffenallianz

Nato-Land Türkei und die russischen Raketenabwehrsysteme. Ein Gastbeitrag

Von Hüseyin Cicek

och in diesem Sommer will die Türkei ihre Neuerwerbung aufstellen: ein Luft- und Raketenabwehrsystem made in Russland. Und Washington kann derzeit keine akzeptable geostrategische Option bieten, um Ankara zu einer Umkehr zu bewegen. Ganz im Gegenteil, die Drohungen des US-Präsidenten im Zuge des Syrienkriegs führten dazu, dass die Türkei mehr und mehr Russland als einen notwendigen Verbündeten bei der Verhinderung einer neuen kurdischen Autonomieregion wahrnimmt. Wichtig zu erwähnen ist, dass Washington seit dem Regierungsantritt der AKP von deren Bestrebungen wusste, ein besseres Luft- und Raketenabwehrsystem zu etablieren, und einige Chancen einer politischen Einigung vergehen hat lassen.

Bereits 2003, nur ein Jahr, nachdem der heutige Präsident der Türkei sein Amt übernommen hatte, wollte Ankara ein Luft- und Raketenabwehrsystem, das den türkischen Sicherheitsinteressen gerecht wird, und darüber hinaus sollten die Waffensysteme auf anatolischem Boden produziert werden. Die Abhängigkeit der Türkei von ausländischen Technologien und Lieferanten sollte kontinuierlich abgebaut werden. Ziel dieser Strategie: die militärische Führung des Landes für sich gewinnen und vor allem zeigen, dass eine islamisch-konservative Partei Erhaltung und Ausbau geostrategischer Interessen einzuschätzen, auszubauen und zu verteidigen

2011 wurden Angebote aus Europa, den USA, Russland und China eingeholt. Damals favorisierte Ankara mit verschiedenen Bedingungen das Luft- und Raketensystem HQ-9 aus Peking. Eine davon war, dass die Herstellung der Waffensysteme auf türkischem Boden erfolgen sollte. Washington und die Nato reagierten auf das Vorhaben mit dem Vorwurf, dass Ankara bewusst den Pfad des demokratischen Rechtsstaates zu verlassen beabsichtige. Die Türkei zog es damals vor, die Gespräche abzubrechen. Nicht nur aufgrund der Kritik der Verbündeten, sondern vielmehr, weil die Führung in Peking die muslimische Bevölkerung in Xinjiang systematisch unterdrückte.

2009 erklärte die Türkei das Vorgehen der Chinesen gegenüber den muslimischen Uiguren nämlich als "Genozid". Eine Kooperation hätte die eigene Wählerschaft verärgert, die Popularität der AKP verringert und die neoosmanische Politik unglaubwürdig werden lassen.

Das Nichtzustandekommen des Waffendeals mit China erhöhte den politischen Druck auf die AKP. Vor allem weil die USA im syrischen Bürgerkrieg immer menr zur Uberzeugung gelangten, kurdische YPG-Truppen aus der Luft gegen die terroristisch-dschihadistische Organisation "Islamischer Staat" unterstützen zu müssen. Zuvor, Januar 2014, unternahm Frankreich den Versuch, dem türkischen Wunsch nach einem eigenen Luft- und Raketenabwehrsystem nachzukommen. Dadurch konnten die Chinesen endgültig als Rivalen verdrängt werden. Wenige Wochen vor dem ersten US-Luftangriff auf die Stellungen des IS in Kobane verkündete Erdogan, dass mit Paris eine Einigung möglich sei.

Den militärischen Erfolg einer amerikanisch-kurdischen Allianz in Kobane nahm Präsident Erdogan zum Anlass, um zu verkünden, dass Ankara alles Mögliche unternehmen werde, um einen Kurdenstaat entlang der Grenze zu Syrien zu verhindern. Die russische Unterstützung Assads führte nicht, wie viele Experten damals vermuteten, zu einer Normalisierung der

Beziehungen zwischen Ankara und Washington. Auch weil Moskau es verstand, die Interessen der Türkei in Syrien bedingt mitzutragen. Außerdem zogen die Nato-Verbündeten im Januar und August 2015 und die USA ab Oktober nach und nach ihre "Patriot"-Raketenabwehrsysteme aus der Türkei ab.

Zu dieser sich immer weiter verschlechternden politischen Atmosphäre zwischen Ankara, Washington und den Nato-Verbündeten kam noch der gescheiterte Putsch am 15. Juli 2016 hinzu. Die Allianz aus dem Kalten Krieg versäumte es, rasch auf die Vorgänge zu reagieren. Präsident Putin nutzte die Gunst der Stunde und sicherte Präsident Erdogan seine Unterstützung zu. Nur drei Wochen nach dem gescheiterten Putsch reiste der türkische Präsident nach St. Petersburg.

Ein Deal mit China scheiterte an den Uiguren Wenige Wochen später begann die türkische Militäroffensive "Euphrate Shield", und kurz vor Ende der Offensive ließ Ankara verlautbaren, dass sie das russische Luftund Raketenabwehrsystem erwerben werde. Zur Stärkung

der russisch-türkischen Allianz trug auch Präsident Trumps Ankündigung des Abzugs seiner Truppen bei.

Ankara kann aufgrund geopolitischer Interessen nicht vollständig auf die Kooperation mit den USA sowie der EU und ihren Mitgliedsstaaten verzichten. Welche politischen Zugeständnisse nötig sind, damit die Beziehungen zwischen den genannten Parteien sich normalisieren, ist derzeit schwer abzusehen.

— Der Autor ist Politikwissenschaftler an der Universität Wien

DER TAGESSPIEGEL

ZEITUNG FÜR BERLIN UND DEUTSCHLAND

Pflichtblatt der Börse Berlin **Verleger:** Dieter von Holtzbrinck

Herausgeber:
Stephan-Andreas Casdorff,
Giovanni di Lorenzo, Sebastian Turner
Chefredakteure:
oranz Maraldt, Mathies Müller von Blumaner

Mitglieder der Chefredaktion:
Dr. Anna Sauerbrey, Christian Tretbar

Dr.Christoph von Marschall

ondent der Chefredaktion

Stephan Haselberger (Überregional), Robert Ide (Berlin), Antje Sirleschtov (Wirtschaft/Background)

> Leitende Redakteurin: Ingrid Müller

Berater der Chefredaktion: Gerd Appenzeller

Autoren: Malte Lehming, Harald Martenstein Leiter Hauptstadtbüro:

Georg Ismar

Ressortleitungen:
Leitender Redakteur (Nachrichten): Lutz Haverkamp

Sport: Katrin Schulze; Kultur: Julia Prosinger, Rüdiger Schaper; Sonntag: Esther Kogelboom Verantwortliche Redakteure: Katja Füchsel (Die Dritte Seite); Ariane Bemmer (Causa); Sidney Gennies (Mehr Berlin): Kevin P. Hoffmann

Sidney Gennies (Mehr Berlin); Kevin P. Hoffmann (Berliner Wirtschaft); Heike Jahberg (Verbraucher); Dr. Anja Kühne (Bildung); Richard Friebe, Sascha Karberg (Forschen); Dr. Joachim Huber (Medien); Tanja Buntrock, Silke Zorn (Beilagen/Sonderthemen); Ulrich Amling (Ticket/Spielzeit); Ingo Bach (Gesundheitsprojekte), Stephan Wiehler (Projekte/Entwicklung), Ruth Ciesinger (Online), Hendrik Lehmann (Innovation Lab)

Redakteure für besondere Aufgaben: Dr. Peter von Becker (Kulturautor), beth Binder, Armin Lehmann, Bernd Matthi

Dr. Elisabeth Binder, Armin Lehmann, Bernd Matthies, Dr. Jost Müller-Neuhof (Rechtspolitischer Korrespondent) Christiane Peitz (Kulturautorin), Harald Schumann, Helmut Schümann

Reporter:

Andreas Austilat, Werner van Bebber, Robert Birnbaum, Deike Diening, Caroline Fetscher, Sven Goldmann, Frank Jansen, Sebastian Leber

Redaktionsbüro: Washington: Juliane Schäuble Redaktionsbüro: Potsdam: Thorsten Metzner Chefin vom Dienst: Patricia Wolf

Artdirektion: Ursula Dahmen, Bettina Seuffert Fotoredaktion: Kai-Uwe Heinrich

Die Redaktionen von "Der Tagesspiegel", Berlin, und "Handelsblatt", Düsseldorf, kooperieren.

Verlag Der Tagesspiegel GmbH **Geschäftsführung:** Farhad Khalil, Ulrike Teschke

Verlagsleitung: Susan Knoll (Politik & Konzepte), Philipp Nadler (Vermarktung), Caspar Seibert (Digitalmarketing), Sebastian Stier (Marketing & Vertrieb)

Unternehmenskommunikation: Sandra Friedrich Registergericht: AG Charlottenburg 93 HRB 43850

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Berlin-Tiergarten Postanschrift: 10876 Berlin Hausanschrift: Askanischer Platz 3, 10963 Berlin Sammel-Telefon (030) 29021-0 Sammel-Telefax (030) 29021-12090

Internet-Adresse: http://www.tagesspiegel.de E-Mail: redaktion@tagesspiegel.de leserbriefe@tagesspiegel.de Druck: Druckhaus Spandau, Brunsbütteler Damm 156–172, 13581 Berlin

Mitbegründet von Erik Reger und Walther Karsch, fortgeführt von Franz Karl Maier und Dieter von Holtzbrinck

Abonnentenservice: Tel. (030) 29021-500 Anzeigenservice: Tel. (030) 29021-570 Geschäftsstelle: Askanischer Platz 3, 10963 Berlin

Monatlicher Print-Abonnementpreis bei täglicher Erscheinungsweise in Berlin und Brandenburg 56,40 € (Quartal 169,20 €, Halbj. 328,30 €, jährlich 643,00 €), überregional 57,90 € (Quartal 173,70 €, Halbj. 337,00 €, jährlich 660,10 €); Premium-Abo 58,20 € (inkl. "Zitty" 14-tägig, nur in Berlin und Brandenburg, Quartal 174,60 €, Halbj. 338,70 €, jährlich 663,50 €); Studenten 28,20 € (Quartal 84,60 €, Halbj. 164,10 €, jährlich 321,50 €); Premium-Studentenabo 29,80 € monatlich (inkl. "Zitty" 14-tägig, nur in Berlin und Brandenburg); inkl. 7% Umsatzsteuer und Zustellung innerhalb Deutschlands. E-Paper 34,99 € monatlich; E-Paper Zusatzabo zum Vollabo (Print) monatlich 5,70 € (inkl. 19% Umsatzsteuer). Die Abonnementgebühren sind im Voraus fällig. Keine Ersatzansprüche bei Störungen durch höhere Gewalt. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 59.

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Nutzungsrechte für elektronische Pressespiegel erhalten Sie über die PMG Presse-Monitor GmbH, Tel. 030 / 28 49 30 oder www.presse-monitor.de

Wir verwenden Zeitungspapier mit hohem Altpapieranteil

TAGESSPIEGEL.DE

LESERMEINUNG Sie sind anderer Ansicht?

Dann schreiben Sie das auf! Beispiele von Leserkommentaren finden Sie hier: www.tagesspiegel.de/lesermeinung

ANZEIGE

Berlin exklusiv –





